und der sozialistischen Moral, die diese objektiven Erfordernisse als elementare soziale Verhaltensanforderungen widerspiegeln. Sie ist *objektives und subjektives Unrecht*. Das *sozial negative Wesen* einer Straftat wird begrifflich durch folgende *Eigenschaften* näher bestimmt:

- a) die Gesellschaftswidrigkeit (bei Vergehen) bzw. die Gesellschaftsgefährlichkeit (bei Verbrechen);
- b) die moralisch-politische Verwerflichkeit (Unsittlichkeit);
- c) die Rechtswidrigkeit;
- d) die Strafbarkeit.

Diese „Eigenschaften“ in ihrer Gesamtheit machen eine bestimmte Handlung zu einer Straftat und begründen in der Regel die Notwendigkeit von Maßnahmen strafrechtlicher Verantwortlichkeit. Dabei sind die Gesellschaftsgefährlichkeit bzw. Gesellschaftswidrigkeit und die politisch-moralische Verwerflichkeit (Unsittlichkeit) der Handlung die grundlegenden materiellen und ideologischen Züge einer Straftat, während die Rechtswidrigkeit und Strafbarkeit ihre besondere rechtliche Natur ausmachen. Die genannten „Eigenschaften“ stellen hohe Grade an Abstraktion dar. In der Realität treten sie bei den einzelnen Handlungen in qualitativ und quantitativ unterschiedenen Dimensionen und Abstufungen auf. Es ist daher im Einzelfall erforderlich, die besondere soziale Disqualität einer Straftat und ihre jeweilige Schwere (soziale Relevanz und Wichtigkeit) im gegebenen Bezugssystem des Tatgeschehens herauszuarbeiten.

Diese „Eigenschaften“ sind gewöhnlich gegeben, wenn die „Tatbestandsmäßigkeit“ einer Handlung festgestellt worden ist (vgl. 3.2.3.). Hiervon gibt es Ausnahmen, wenn besondere Umstände vorliegen, die im Gesetz geregelt sind. Infolge solcher Umstände oder besonderer Handlungssituationen kann eine in den Strafgesetzen als Straftat definierte Handlung, die gesetzeslogisch zunächst den Regelfall und nicht die Ausnahme erfassen muß, entweder überhaupt keine Straftat sein, oder sie braucht nicht als solche verfolgt zu werden. Im Zusammenhang mit der Prüfung der Rechtswidrigkeit ist daher unter anderem auch festzustellen, ob eine Situation (Rechtfertigungsgründe) Vorgelegen hat, die die Handlung als gerechtfertigt erscheinen läßt (vgl. §§ 17-20 StGB; vgl. auch 4.2.2.2.). Im Zusammenhang mit der Feststellung der Strafbarkeit ist zugleich zu untersuchen, ob besondere Umstände vorliegen (vgl. §

25 StGB), die die Notwendigkeit, Maßnahmen strafrechtlicher Verantwortlichkeit auszusprechen, aufheben.

4.2.1.4.

Gesellschaftswidrigkeit/ Gesellschaftsgefährlichkeit und moralisch- politische Verwerflichkeit (Unsittlichkeit) als materielle und ideologische Eigen- schaften der Straftat

4.2.1.4.1.

Die Gesellschaftswidrigkeit der Vergehen

Der *materielle* antisoziale Charakter des *Vergehens* wird als *Gesellschaftswidrigkeit* definiert (vgl. § 1 Abs. 2 StGB). Dies ist der primäre Grund dafür, weshalb eine Handlung als Vergehen strafrechtliche Verantwortlichkeit begründet und mit Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit geahndet wird. Die Gesellschaftswidrigkeit offenbart einen spezifischen zwar sozial destruktiven, im Vergleich zu dem Verbrechen jedoch minder scharfen Widerspruch des Vergehens zu den sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen und -beziehungen. Dieser ist objektiver Natur und muß auf Grund exakter Tatsachen festgestellt werden. Die Gesellschaftswidrigkeit wird nicht erst durch die gesetzliche Strafbarkeitserklärung begründet, sondern eine Handlung wird für strafbar erklärt, *weil sie* gesellschaftswidrig ist.

Die Gesellschaftswidrigkeit des Vergehens wird objektiv entweder durch eine sozial gewichtige Schadensverursachung oder die Herbeiführung eines realen ernststen Gefahrenzustandes bestimmt. Die Handlung muß demzufolge auch die Rechte und Interessen des Geschädigten tatsächlich beeinträchtigen und darf nicht lediglich in einer formellen Normverletzung bestehen.

Die Vergehen *sind einerseits Ausdruck* einer (subjektiven und objektiven) Entgegensetzung und *Widersetzlichkeit des Straftäters* zu den von der Gesellschaft und ihrem Staat als unabdingbar und lebenswichtig anerkannten Regeln allgemeinen sozialen Zusammenlebens, der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung sowie der öffentlichen staatlichen Disziplin und Ordnung. Damit sind Grundregeln und sich darauf gründende Spezialregeln betroffen, die zum Zwecke der Sicherung eines störungsfreien Ablaufs sozialer Grundprozesse gesellschaftlicher und individueller Lebenssicherung entwickelt